

Projekt zum Thema Hass-Kriminalität

Ein Projekt ist ein Vorhaben.

Es geht um ein österreichisches Projekt, das von der Europäischen Union gefördert wird.

Die [Europäische Union](#) ist eine Gruppe von europäischen Ländern, die zusammen arbeitet.

In der Europäischen Union gibt es ein Programm mit dem Namen [Rechte, Gleichstellung und Unions-Bürgerschaft](#).

Die Europäische Union zahlt für dieses österreichische Projekt mit Geld aus diesem Programm.

Wenn eine Person eine Straftat begeht, kann der Grund Hass gegenüber einer Person aus einer anderen Gruppe sein.

Die Person hat Vorurteile gegenüber einer bestimmten Gruppe und will aus diesem Grund zum Beispiel eine Person aus dieser Gruppe verletzen oder einer Person aus dieser Gruppe etwas antun.

So eine Straftat nennt man Hass-Kriminalität oder auf Englisch Hate Crime.

Die Europäische Union will, dass jeder Mitgliedstaat diese Straftaten aufzeichnet, wenn es Hass-Kriminalität ist. Die Europäische Union will auch wissen, wie viele solche Straftaten es in den Mitgliedstaaten gibt.

Österreich zeichnet derzeit Hass-Kriminalität nur bei Straftaten aus politischen Gründen auf. Zum Beispiel Hass-Postings im Internet oder bei der Zerstörung von Wahlplakaten von extremen Gruppen.

Ein Posting ist ein einzelner Beitrag, eine Nachricht im Internet. Jeder kann diese Nachricht lesen und darauf antworten.

Hass-Postings sind verschiedene Formen von menschenverachtenden Beiträgen im Internet. Menschenverachtend heißt abwertend gegenüber anderen Menschen sein. Meistens steckt Hass gegen andere Menschen dahinter – entweder gegen bestimmte Menschen-Gruppen oder gegen Einzel-Personen.

Das Projekt soll die Polizei dabei unterstützen, diese Vorfälle besser erfassen zu können durch:

- Daten-Aufzeichnungen
- Schulungen der Polizei

- Reden mit der Zivil-Gesellschaft.

Die Zivil-Gesellschaft ist der Teil der Gesellschaft, der nicht durch den Staat und seine Organe, wie Behörden oder Verwaltungen gesteuert und organisiert wird.

2 Abteilungen aus dem Bundesministerium für Inneres leiten das Projekt:

- [Abteilung für Grund-Rechte und Menschen-Rechte](#) und die
- [Abteilung für Organisation, Dienstbetrieb und Analyse](#).

Das Bundesministerium für Inneres arbeitet bei diesem Projekt mit dem [Institut für Rechts- und Kriminal-Soziologie](#) zusammen.

Die Abkürzung dafür lautet IRKS. Diese Forschungs-Einrichtung arbeitet wissenschaftlich und international.

Das Projekt dauert 2 Jahre, von Juli 2019 bis Juni 2021.